

Grüne fordern Fonds für Bürgerinitiativen

30.10.2011 | 18:25 | (Die Presse)

Viele Bürgerinitiativen würden vor dem Problem stehen, dass ihr Kampf beträchtliche finanzielle Mittel erfordert, die mit Spenden allein nicht aufzubringen seien.

Wenn es nach den Vorstellungen der Grünen geht, soll es künftig mehr Geld für Bürgerinitiativen geben. Die grüne Umweltsprecherin, Christiane Brunner, fordert die Einrichtung eines Fonds, in den Projektbewerber einzahlen sollen. Das Geld soll an jene Bürgerinitiativen gehen, die sich gegen ebenjene Projekte aussprechen. „Es muss Waffengleichheit zwischen den Projektbewerbern und ihren Gegnern geben“, begründet Brunner ihre Forderung.

Viele Bürgerinitiativen würden vor dem Problem stehen, dass ihr Kampf beträchtliche finanzielle Mittel erfordert, die mit Spenden allein nicht aufzubringen seien. So müssten Rechtsanwälte und Gutachter beschäftigt werden. Rechtlich gegen ein Projekt vorzugehen koste mindestens 30.000 Euro – und da sei man mit der Beschäftigung von Gutachtern schon sparsam. Bei den Projektwerbern dagegen würden diese Aufwendungen keine Rolle spielen. „Und sie wollen ja auch etwas von den Anrainern“, so Brunner. „Sie wollen, dass diese zusätzlichen Lärm und Umweltbelastungen ertragen.“ Da seien verpflichtende Einzahlungen in einen Fonds gerechtfertigt.

Vorbild für diesen Fonds wäre der Bürgerinitiativenfonds der Grünen, der aus Beiträgen der Parlamentsabgeordneten gespeist wird. Diese müssen einen Teil ihres Bruttoeinkommens einzahlen, wodurch derzeit jährlich 50.000 Euro zusammenkommen. Seit 20 Jahren gibt es diesen Fonds jetzt, bisher wurden 667.000 Euro an die Bürgerinitiativen ausbezahlt.

Um Unterstützung ansuchen können Bürgerinitiativen, die in Umwelt- oder Menschenrechtsfragen aktiv sind. Im Vorjahr gab es 28 Ansuchen, für die meisten gab es auch eine Unterstützung – so zum Beispiel für die Bürgerinitiative Laaerberg, die gegen den Bau der dritten Flughafenspiste auftritt.

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 31.10.2011)